



Mittheilung über den Abgang des Herrn v. Manteuffel aus Breslau am 2. Sept. 1861.

Veröffentlichung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 448. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 25. September 1861.

### Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**London, 24. Sept.** Nach der heutigen „Morning Post“ haben zwischen England, Frankreich und Spanien wegen eines Interventions-Vertrages in Mexiko Unterhandlungen stattgefunden. Es soll keine Truppen-Ausschiffung in Mexiko stattfinden. Die Allirten werden nach dem Golf von Mexiko maritime Streitkräfte senden und die Häfen blockiren. Die Einnahmen der mexikanischen Donanen sollen durch die Consuln der Verbündeten eingezogen werden. Die Consuln sollen in jedem Hafen eine internationale Commission bilden. Ein geringerer Theil der Zoll-Einnahmen soll der mexikanischen Regierung überlassen werden. Dieses Arrangement soll fortauern, bis allen Anforderungen genügt sein wird. Noch vor Ende d. J. sollen diese Maßnahmen zur Ausführung kommen.

**London, 24. Sept.** Das Comité in Kentucky hat die Conföderirten aufgefordert, sein Territorium zu räumen, hat sich aber geweigert, denselben Befehl an die Bundesstruppen zu erlassen. Die Conföderirten haben deshalb erklärt, daß sie nicht abziehen werden.

**Magusa, 24. Sept.** Morgen findet in Gattinje wegen Aufhebung der Blockade eine Conferenz statt. Der preussische und der französische Consul sind heute dahin abgegangen.

**Agram, 23. Sept.** In der gestrigen geheimen Landtags-Sitzung wurde der vom Comité ad hoc vorgelegte Adressentwurf verlesen und im Prinzip angenommen. In der heutigen geheimen Sitzung fand die Specialdebatte statt, wobei unbedeutende stöhlische Modifikationen an dem Adressentwurf vorgenommen wurden. Morgen diesfällige Verhandlung in öffentlicher Sitzung.

**Mailand, 23. Sept.** Die „Bersiveranza“ meldet aus Turin vom 22.: Das Gerücht von einem ernstlichen Zerwürfniß zwischen Cialdini und der Centralregierung ist grundlos, somit der vom „Bays“ angeblich wahrscheinliche Rücktritt Cialdini's und dessen Entlassung durch Fantini in Civilsachen durch Villamarina widerlegt. In einigen Tagen werden die neuen Dispositionen bezüglich der Reorganisation des Ministeriums des Innern und des Wirkungskreises der Präfecti veröffentlicht.

Aus Neapel vom 21. schreibt das genannte Blatt: Das Amtsblatt verkündigt, daß die bei Catona gelandete Bande Malteser und Spanier in der Flucht begriffen ist.

### Preußen.

**Berlin, 24. Sept.** [Amtliches.] Sr. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Staats-, Kriegs- und Marine-Minister, General-Lieutenant v. Roon, den rothen Adlerorden erster Klasse mit Schwertern am Ringe, und dem Chef des Generalstabes der Armee, General-Lieutenant Freiherrn v. Moltke, den rothen Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub; ferner dem Geh. Regierungsrath und Director der Porzellan-Manufaktur, Kolbe, zu Berlin den Rang eines Rathes dritter Klasse; und dem Goldschmiedemeister und Fabrikanten Jean Pierre Godet hieselbst das Prädikat eines königl. Hof-Lieferanten zu verleihen.

Der Baumeister Peters zu Berdohl ist zum königl. Landbaumeister ernannt und demselben die Landbaumeister- und technische Hilfsarbeiter-Stelle bei der königl. Regierung zu Frankfurt a. D. verliehen worden. Der Lehrer an der Provinzial-Gewerbeschule zu Stettin Dr. Franz Joseph Albert Kremer ist zum ordentlichen Gewerbeschullehrer ernannt worden. (St.-A.)

**Berlin, 24. Sept.** [Vom Hofe.] Wie wir vernehmen, werden auf Einladung Sr. Maj. des Königs Ihre königl. Hoheiten die Großherzoge von Baden und von Sachsen der Krönung Ihrer Maj. in Königsberg beizuwohnen. Sr. königl. Hoheit der Graf von Flandern und Sr. Hoheit der Herzog Elmar von Oldenburg werden, um die Glückwünsche Sr. Maj. des Königs der Belgier und Sr. königl. Hoheit des Großherzogs von Oldenburg zu überbringen, ebenfalls nach Königsberg gehen. — Sr. königl. Hoheit der Prinz Karl empfangt heute Vormittags in seinem hiesigen Palais einige höhere Militärs und andere hochgestellte Personen. — Ihre königl. Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Friedrich Karl werden am 1. Oktbr. von Potsdam in das hiesige Stadtschloß übersiedeln.

**Berlin, 24. Sept.** [Der Prozeß gegen den Stadtgerichts-Rath Twesten] wegen des bekannten Duells mit dem General v. Manteuffel kam heute vor der zweiten Deputation des Criminal-Gerichts zur Verhandlung. Den Vorsitz derselben führte der Stadtgerichts-Rath Busse II.; als Beisitzer fungirten die Stadtgerichts-Räthe Sidwe und Krüger II. Die Staatsanwaltschaft war durch Herrn v. Schelling vertreten, die Verteidigerbank blieb leer. Der Angeklagte Twesten erschien in Person. Nachdem derselbe seine persönlichen Verhältnisse angegeben, verliest der Staatsanwalt die vorliegende Anklage, welche sich auf § 164 des Strafgesetzbuchs stützt. Dieser lautet: „Die Herausforderung zum Zweikampfe mit tödtlichen Waffen, so wie die Annahme einer solchen Herausforderung wird mit Einschließung bis zu sechs Monaten bestraft.“ Der Wortlaut des Anklageaktes ist folgender: Der Angeklagte Twesten ist geständig Verfasser der im Mai d. J. im Buchhandel erschienenen Broschüre: „Was uns noch retten kann.“ Ein Wort ohne Umschweife.“ In dieser Broschüre wird auf Seite 81 sequ. die Stellung des Chefs des königlichen Militär-Cabinet's, General v. Manteuffel, besprochen und als eine für das Wohl des Landes verderbliche geschildert. Es heißt darin unter Anderem: Die einseitige und abgeschlossene Stellung des Heerwesens wird besonders gefördert, wenn eine Trennung selbst im Centrum der Staatsverwaltung stattfindet. Auch in Oesterreich suchte man bis zum Feldzuge von 1859 die militärischen Angelegenheiten gänzlich von der übrigen Verwaltung zu scheiden und jeder Einwirkung des Ministerrathes zu entziehen. Unser Kriegsminister steht doch noch in einer notwendigen Verbindung mit den übrigen Chefs der Regierung, das Militär-Cabinet aber befindet sich ganz außerhalb einer solchen. Der Vorstand desselben, General v. Manteuffel, der seine Carriere am Hofe gemacht, und von der Armee längst nicht mehr viel gesehen hat, steht in dem Rufe, die Personalien in zu hohem Maße aus der Perspektive des Hofes zu behandeln. Die militärische Nothwendigkeit, über Wahl und Verwendung der Officiere jederzeit unbedingt disponiren zu können, thut ohnehin der Laune und dem Nepotismus Vorschub. Die Theilung der Arbeit zwischen Ministerium und Cabinet complicirt und erschwert die Geschäfte. Reibungen — wie Stein sie schildert — können dabei nicht ausbleiben. Offiziere, wie die Herren v. Boigt-Nehz und v. Hartmann, die eines hervorragenden Rufes im Heere genießen und denen man in der Führung und Verwaltung der Armee eine bedeutende Zukunft verheißt, wurden als zu selbständige und daher unbecommene Mitarbeiter aus dem Kriegsministerium entfernt, wie 1850 der energische

General v. Griesheim beseitigt ward. Es ist einer der Charakterzüge des ausgebildeten Bürokratismus: „fest geschlossen nach außen, innerlich Streit und Widerwille.“ Hr. v. Manteuffel ist bei einem großen Theile der Armee wenig beliebt und wird vielfach betrachtet wie Graf Grüne in Wien, der das Commando in Italien dem Grafen Giulay übergab. Wird es auch bei uns einer Schlacht von Solferino bedürfen, einen unheilvollen Mann aus einer unheilvollen Stellung zu entfernen? — Am 24. Mai d. J. richtete der General-Major von Manteuffel an den Stadtgerichtsrath Twesten schriftlich die Frage, ob er der Verfasser der Broschüre sei. Twesten bejahte diese Anfrage durch ein Antwortschreiben von demselben Tage, worin er sich bereit erklärte, über die Motive seiner Schrift nähere Auskunft zu geben. v. Manteuffel erwiderte darauf, sein Name sei durch die obigen Stellen der Broschüre der öffentlichen Mißachtung preisgegeben, und richtete das Ersuchen an Twesten, diese Stellen durch eine offene Erklärung zurückzunehmen. Twesten sandte hierauf folgendes Schreiben an Manteuffel: „Als ich Ihre erste Zuschrift erhielt, Herr General, wußte ich natürlich, daß es Euer Hochwohlgeboren nicht um eine Erklärung, sondern um eine Genugthuung zu thun sei. Ich habe meine Schrift nicht anonym erscheinen lassen, um eine Verantwortung abzulehnen, sondern weil ich dies für ihre Wirkung zweckmäßiger fand. Euer Hochwohlgeboren bitte ich, überzeugt zu sein, daß ich nicht in der Absicht geschriebener habe, einen hochstehenden und charaktervollen Mann anzugreifen — nur von Angriffen kann meines Erachtens die Rede sein, nicht aber von Mißachtung — ich hielt es in der bedrohten Lage unseres Vaterlandes für nothwendig, die Aufmerksamkeit auf Einrichtungen zu lenken, die ich mit vielen Anderen für gefährlich und unheilvoll erachte. Freilich kann man nicht gegen Institutionen auftreten, ohne über Personen zu urtheilen. Zurücknehmen kann ich zu meinem Bedauern nichts von dem, was ich gesagt habe. Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenster Diener C. Twesten. Berlin, den 25. Mai 1861.“ Nach Empfang dieses Schreibens ersuchte v. Manteuffel die General-Majore von Hiller-Gärtringen und v. Rieben, den v. Twesten nochmals mündlich aufzufordern, die gewünschte Erklärung abzugeben und, falls er dies verweigere, ihn zu einem Pistolenduell auf 5 Schritt Barriere herauszufordern. Die beiden Kartellträger begaben sich Mittwoch den 25. Mai zu Twesten und entledigten sich ihres Auftrages, nachdem sie vorher vergeblich versucht hatten, denselben von der Unrichtigkeit der von ihm über Manteuffel gefällten Urtheile zu überzeugen. Twesten nahm die Herausforderung in der festgesetzten Weise unbedenklich an und bezeichnete als seinen Sekundanten den Rechtsanwalt beim königlichen Ober-Tribunal, Justizrath Dorn. Letzterer erschien noch an demselben Tage bei v. Rieben. Dieser legte folgenden Entwurf zu der von Twesten abzugebenden Erklärung vor: Nach eingehender Prüfung der Sachlage bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß die in der von mir verfaßten Broschüre „Was uns noch retten kann“ Seite 81 und 82 über den General von Manteuffel gefällte Beurtheilung seiner dienstlichen Wirksamkeit ohne genaue Kenntniß der Verhältnisse geschrieben worden.“ Dorn erklärte, daß Twesten sich zur Abgabe einer solchen Erklärung nicht verstehen werde, und wurde demnach verabredet, daß das Duell am 27. Mai Nachmittags bei Potsdam stattfinden und der General Hiller für Pistolen und Wagen sorgen solle. Am 26. Mai wurden folgende Kampfbedingungen zwischen beiden Theilen festgesetzt: 1) Die Distanzen sind 5 Schritt Barriere und von dieser für jeden der beiden Herren 3 Schritt Abstand; 2) das Duell wird fortgesetzt, bis der Beleidigte erklärt, er habe Satisfaction; 3) das Schießen beginnt auf ein gegebenes Zeichen nach gemommener Aufstellung; 4) wenn einer der Gegner geschossen hat und der andere noch nicht, so bleibt der erstere auf der Stelle stehen, von wo er den Schuß abgegeben, während der andere bis an die Barriere vortreten kann; 5) wenn das Pistol versagt, so gilt der Schuß nicht, sondern es erhält der Betreffende ein anderes Zündhütchen, oder das Pistol wird gewechselt; 6) wenn jeder der Gegner einen Schuß abgegeben hat, ohne daß der Beleidigte erklärt, er habe Satisfaction, so nehmen die Gegner die ursprünglichen Stellungen wieder ein; 7) die Sekundanten laden die Pistolen mit gleicher Ladung von Pulver und mit ungepflasterten Kugeln; 8) die Pistolen sind ohne Züge, ohne Visir und ohne Stecher. Zwei Paar Pistolen, welche beiden Gegnern unbekannt sind, werden zur Stelle sein. Am Montag, den 27. Mai, Nachmittags 2 Uhr, begaben sich v. Manteuffel in Begleitung des v. Rieben, Twesten in Begleitung des Dorn und des zweiten Sekundanten bestimmten Regierungsraths Gabler und des Sanitätsraths Dr. Reich mit der Eisenbahn nach Potsdam und fuhren, nachdem sich dem v. Manteuffel noch der General v. Hiller und der Assistenz-Arzt Dr. Schröder angeschlossen hatten, auf der Wittenberger-Chaussee zu einer hinter den Schießständen des Gardejäger-Bataillons belegenen Stangenholzung. Nachdem hier die Absteckung des Kampfplatzes, die Verloofung der Plätze und Pistolen und die Leitung des letzteren den Kampfbedingungen gemäß erfolgt war, traten die beiderseitigen Sekundanten zu einem nochmaligen Ausgleichungs-Versuche zusammen und kam auch zwischen ihnen, nachdem die Sekundanten des v. Manteuffel auf dem Verlangen einer öffentlichen Erklärung des Twesten beharren zu müssen glaubten und dies erklärt hatten, über die Form derselben eine Einigung dahin zu Stande, daß Twesten erklären solle, daß seine Beurtheilung der dienstlichen Wirksamkeit des v. Manteuffel in nicht hinreichend genauer Kenntniß derselben beruht habe. Twesten lehnte jedoch die Unterzeichnung dieser Erklärung ab. Darauf wurde zur Vollziehung des Zweikampfes geschritten, nachdem von Hiller das Zeichen zu dessen Beginn gegeben hatte. Twesten ging von seinem Standplatz einige Schritte vorwärts, erhob das Pistol, zielte und gab Feuer, schloß jedoch fehl. v. Manteuffel, welcher auf seinem Platz stehen geblieben war, das Pistol aber ebenfalls erhoben hatte, senkte dasselbe jetzt und erklärte seinem Gegner, daß er keinen Groll gegen ihn im Herzen trage, daß er aber seiner Stellung und Ehre es schuldig sei, die geforderte Erklärung zu verlangen, und fragte, ob Twesten diesem Verlangen nicht jetzt, nachdem er sich zum Kampfe gestellt, nachgeben wolle. Twesten erwiderte hierauf Worte der persönlichen Anerkennung, schloß jedoch mit der Erklärung, daß er von seinem öffentlichen Urtheile nichts zurücknehmen könne. Nun kehrte Manteuffel um, ging auf seinen früheren Standplatz zurück, erhob hier sein Pistol und schloß es auf Twesten ab. Die Kugel traf dessen rechten Unterarm und bewirkte eine Zerschmetterung der Knochen desselben. Auf die Frage des Präsidenten, was er auf diese Anklage zu erwidern habe, erklärte der Angeklagte, daß er lediglich die Richtigkeit sämtlicher darin enthaltenen Behauptungen anerkennen müsse. — In Folge dessen beschließt das Gericht, die geladenen Zeugen, Rechts-

Anwalt Dorn, Regierungsrath Gabler und General-Major v. Rieben nicht zu vernehmen. Der Staatsanwalt erhält das Wort. Der selbe erklärt, daß er, da faktisch in der Sache nichts streitig sei, nur über das Strafmaß zu sprechen habe. Zu erwägen sei, daß der Zweikampf mit sehr geringer Distanz und mit Feuerwaffen stattgefunden habe, andererseits aber auch, daß nicht Tödtung oder Kampfunfähigkeit als Bedingung aufgestellt worden sei. Der Angeklagte habe außerdem nicht selbst gefordert, sondern sei gefordert worden, sei außerdem verwendet und alle diese Milderungsgründe wägen die etwaigen Scharfungsgründe vollständig auf. Es erscheine somit die Anwendung der niedrigsten Strafe, die in 3 Monaten Einschließung bestehe, angemessen. — Der Angeklagte Twesten erklärt hierauf zu seiner Verteidigung: Es komme ihm weniger auf die juristische, als vielmehr auf die moralische Würdigung der Sache an. Bei Abfassung seiner Schrift habe er durchaus kein persönliches, sondern nur politisches Interesse verfolgt. Es habe ihm fern gelegen, Herrn v. Manteuffel beleidigen zu wollen. Wenn er denselben einen unheilvollen Mann genannt habe, der einen unheilvollen Einfluß übe, so habe er diesen Ausdruck nur im Gegensatz zu dem Begriffe „heilfam“ gewählt und also nur sagen wollen, daß er den Einfluß des Generals nicht für heilsam erachte. Wenn er letzteren mit Graf Grüne in Wien verglichen, so habe er damit auch nur seine Tendenzen andeuten wollen, denn von der Person des Grafen sei nichts Unehrenhaftes bekannt, was den Vergleich mit ihm zu einem beleidigenden machen könne. Da er, der Angeklagte, sich somit keiner Beleidigung des Herrn v. Manteuffel bewußt gewesen, so habe er auch seine Behauptungen über ihn nicht zurücknehmen können; eine solche Zurücknahme hätte er als elend und absurd betrachtet. Das Duell habe er, obwohl er es für ein veraltetes Borurtheil halte, nicht ablehnen mögen, weil man sonst gesagt haben würde, daß die Schriftsteller nur feige Großsprecher seien, und weil es außerdem in politischen Dingen allgemein als zulässig gelte. Seine Stellung als Richter hätte ihn davon nicht abhalten können, weil er sich nicht als solcher, sondern in seiner Eigenschaft als Staatsbürger geschlagen habe. Er sei der Beforderte, er der Verwundete gewesen, er glaube also, auf mildere Strafe Anspruch machen zu können. Das Gericht beriet und erkannte auf 3 Monate Einschließung. Der Präsident führte aus, daß der General v. Manteuffel durch die Broschüre entschieden beleidigt gewesen sei, wenn dies auch vielleicht nicht in der Absicht des Verfassers gelegen habe. Das Duell sei zwar verboten, gelte aber in politischen Dingen im praktischen Leben als zulässig, und der Angeklagte habe sich ihm nicht entziehen können, weil er annehmen mußte, daß er dadurch in der Achtung seiner Standesgenossen verlieren würde.

**Berlin, 24. Septbr.** [Friedrich Christoph Schloffer] ist gestern Morgen zu Heidelberg in hohem Greisenalter sanft verschieden. Das Vaterland betrauert in ihm einen seiner tüchtigsten und gelehrtesten Forscher, einen Mann, der die strenge Unabhängigkeit seines Charakters im Leben wie in seinen Schriften stets rein bewahrt und auf diesem Wege die deutsche Geschichtsforschung zuerst zu dem stillen Range erhoben hat, den sie gegenwärtig einnimmt. Zu Febr. am 17. Novbr. 1776 geboren, wirkte Schloffer als akademischer Lehrer zu Heidelberg seit 1817.

**Wosen, 21. Sept.** [Beschlagnahme.] Der „Dz. poz.“ meldet: „Die Nr. 214 des „Dziennik“ ist nicht allen Lesern zugegangen, weil sie währen der Ausgabe von der hiesigen Polizei mit Beschlag belegt worden ist, wahrscheinlich wegen des Berichtes über die in Paris unter dem Titel: „Tak lab nie, czyli królestwo kongresowe w obec nowo zaprowadzonych reform.“ (Ja oder nein, oder das Kongress-Königreich und die neuen Reformen.)“

**Danzig, 21. Sept.** [Marine.] Anfangs künftigen Monats soll, wie das „D. D.“ meldet, die Schrauben-Corvette „Gazelle“ die letzte Probefahrt, und zwar auf 14 Tage nach dem finnischen Meerbusen machen, wobei dieselbe in Kronstadt anlaufen wird. Nächstdem findet mit derselben eine Schießübung bei Drhöst statt und werden bis dahin weitere Befehle erwartet. Da die Corvette „Gazelle“ auf Grund bisher gemachter Erfahrungen eines tüchtigen Seemannes nicht nur in sehr praktischer Weise, sondern auch sehr geschmackvoll getakelt worden ist, so wird auf höheren Befehl ein Muster-Schiffchen darnach zur Belehrung für See-Kadetten angefertigt werden, wofür 300 Thaler berechnet sind.

**Köln, 23. Sept.** [Allerhöchster Erlaß.] Die „Köln. Z.“ enthält folgende, von dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz ihr zur Veröffentlichung zugegangene Bekanntmachung eines allerhöchsten Erlasses: „Die kommandirenden Generale des 7. und 8. Armeekorps haben Mir die vorzüglich gute Aufnahme und Verpflegung, welche die zu den großen Herbstübungen am Rhein versammelt gewesenen Truppen überall, auf den Märschen sowohl als in den Cantonnements, gefunden haben, sowie das gute Einvernehmen, welches zwischen Soldaten und Ortsbewohnern während der ganzen Dauer der Übungen bestanden hat, gerühmt. Ich habe dies mit besonderem Wohlgefallen vernommen und beauftrage Sie hierdurch, den betreffenden Kreisen resp. Ortsschaften Mein Anerkenntniß über diese Aufnahme der Truppen auszusprechen und dies öffentlich bekannt zu machen.“

Brühl, 20. September 1861. (gez.) Wilhelm. „Es gereicht mir zur lebhaften Freude, den vorstehenden allergnädigsten Erlaß zur Kenntniß der Bewohner der Rheinprovinz zu bringen. Koblenz, 21. September 1861. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, v. Pommer-Esche.“

[Großherzog von Sachsen und Prinz Heinrich der Niederlande.] Die „Köln. Zeitung“ berichtet: Während nach Schluß der Manöver und Aufhebung des königl. Postlagers zu Brühl die Mehrzahl der dort versammelten hohen und höchsten Herrschaften unsere Gegend verließen, wollten vorgestern Ihre königl. Hoheiten der Großherzog von Sachsen-Weimar und Prinz Heinrich der Niederlande nebst Gemahlin, Schwester des Großherzogs von Sachsen-Weimar, noch in Köln. Dieselben erschienen Vormittags gegen 11 Uhr in der allgemeinen deutschen Kunst-Ausstellung im Museum Wallraf-Richartz, woselbst sie vom Geschäftsführer der Kunstgenossenschaft, Dr. W. Hemsen, empfangen und durch die Ausstellungs-Räume begleitet wurden, bei welcher Gelegenheit der Großherzog von Weimar sich mit Dr. Hemsen auf das eingehendste über einzelne Kunstwerke unterhielt. Professor Eduard Steins hatte Anfall getroffen, das nunmehr vollendete Wandgemälde an der rechten Seite des Treppenhauses, die romantische Kulture- und Kunstperiode Kölns darstellend, zu bequemerer Betrachtung von seiner Hülle zu befreien. Se. k. H. der Großherzog begrüßte den Meister auf das Freundlichste und mit der Aeußerung, wie sehr es ihm

